

# Wissenschaftler und Patriot sein

## HOHERE ANFORDERUNGEN

Die objektiven neuen höheren Anforderungen an die Wissenschaft ergeben sich aus der weiteren Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft in der DDR, wie von der 13. ZK-Tagung weiter präzisiert wurde, sie ergeben sich aus dem immer engeren Zusammenschluß der sozialistischen Staatengemeinschaft um die Sowjetunion und aus der sozialistischen ökonomischen Integration, und schließlich ergeben sie sich aus der Tatsache, daß die Ergebnisse der Wissenschaft über die Stärkung des Sozialismus auf den ganzen revolutionären Weltprozeß einwirken.

Heute konzentrieren wir die wissenschaftlichen Potenzen gerade auf solche Gebiete, die am besten dem Sinn des Sozialismus entsprechen, auf die Lösung von Problemen, die wahrhaft strategische Bedeutung für die Zukunft der Menschheit, für die Errichtung der kommunistischen Gesellschaft haben.

## BEGEISTERTE AUFGABEN

Bei der Diskussion über die 13. Tagung der ZK wurde immer wieder betont, daß das begeisternde Aufgaben für den Wissenschaftler und Hochschullehrer sind, vor allem deshalb, weil er die junge Generation auf die aktive Mitgestaltung aller dieser Prozesse vorbereiten darf. Damit ist gesagt, daß heute mit dem Wachsen der qualitativen Anforderungen an die Wissenschaften auch die gesellschaftliche Stellung und Rolle jener Wissenschaftler eine neue Qualität erlangen, die in einer Person Lehrer, Erzieher und Forscher sind.

So lenkt die 13. Tagung der ZK der SED unsere Aufmerksamkeit darauf, daß in jeder Beziehung eine feste Klassenmäßige Erziehung und gründliche wissenschaftliche Bildung der zukünftigen Spezialisten zu sichern sind.

Dabei lehren unsere Erfahrungen, daß über das hohe Niveau dieses einheitlichen Prozesses von fachlicher Bildung und politischer Erziehung wesentlich die politische und fachliche Qualifikation des Lehrkörpers entscheidet, wie Genosse Honecker auf der 13. ZK-Tagung sagte.

## POLITISCH AKTIVE HOCHSCHULLEHRER

Worin besteht vor allem diese neue Qualität der gesellschaftlichen Stellung und Rolle des Hochschullehrers? Unter

Berücksichtigung der Erfahrungen und der Ergebnisse unserer Arbeit im Jahre 1974 und in den Monaten seit der 13. ZK-Tagung kann man sagen: Das Profil des sozialistischen Hochschullehrers unserer Tage wird bestimmt durch hohe politische Bewußtheit, durch schöpferische Aktivität und höchstes fachliches Können, durch große menschliche Qualitäten, durch hohes Verantwortungsbewußtsein und Kollektivismus, sowie durch das Streben nach ständiger Vervollkommnung der politischen, fachlichen und pädagogischen Qualifikation.

Das Antlitz des sozialistischen Hochschullehrers unserer Tage zeigt sich im

seinen Ableitungs- und Diversionsversuchen mit politischer Überlegenheit und Souveränität entgegen.

## DEN VORBILDERN NACHEIFERN KÖNNEN

Eine solche Position, ein solches Herangehen an den Bildungs- und Erziehungsauftrag läßt unsere Studenten durch das Vorbild ihres Lehrers immer besser verstehen, daß Wissenschaft und Wissenschaftler im Sozialismus unlösbar mit der Arbeiterklasse und ihrer Partei, mit dem Fortschritt und der Zukunft verbunden sind.

ten. Das hat auch die Diskussion über die 13. ZK-Tagung gezeigt.

## NIVEAU DER MARXISTISCH-LENINISTISCHEN BILDUNG AUSSCHLAGGEBEND

Das Streben nach der Meisterung der wachsenden Anforderungen ist das Charakteristische an der Entwicklung des Lehrkörpers der Technischen Universität Dresden. Dabei ist die Erhöhung des Niveaus der marxistisch-leninistischen Bildung der Angehörigen des Lehrkörpers von großer Bedeutung. In den ver-

Angehörigen des Lehrkörpers unter ihren Studenten und Mitarbeitern haben ihre Ursachen ausschließlich im Grad der Beherrschung des Marxismus-Leninismus und der genauen Kenntnis der Politik der SED.

Es ist deshalb richtig, wenn jetzt konkretere Maßnahmen festgelegt wurden, um die marxistisch-leninistische Weiterbildung der Angehörigen des Lehrkörpers zu verbessern.

Insgesamt gesehen ist es an unserer Universität zum festen Grundsatz ge-

worden, daß die Gesellschaft nicht unentwegt den Anteil des Nationaleinkommens für Wissenschaft erhöhen kann, ohne die Intensivierung der wissenschaftlichen Arbeit selbst als eine objektive Notwendigkeit zu fordern.

Eben das hat die 13. Tagung der ZK der SED getan. In diesem Sinne müssen wir prüfen, ob der Meinungsstreit über Inhalt, Qualität und Ergebnisse von Lehre, Erziehung und Forschung den Maßstäben entspricht, die sich aus

Genosse Dr. Harry Meißner, 1. Sekretär der Kreisleitung der SED TU Dresden

## Hohe politische Bewußtheit gehört zum Profil des Hochschullehrers

ZUR HEUTIGEN STELLUNG DES HOCHSCHULLEHRERS SPRACH DER 1. SEKRETÄR IN SEINEM DISKUSSIONSBEITRAG AUF DEM KONZIL

- Verwirklichung der Einheit von Politik und Wissenschaft
- Erhöhung des Niveaus der marxistisch-leninistischen Bildung

ständigen Ringen um die tägliche Verwirklichung der Einheit von Politik und Wissenschaft und vor allem der Fähigkeit, Ziel und Inhalt der eigenen wissenschaftlichen Arbeit aus der Kenntnis der gesellschaftlichen Praxis, aus den künftigen Anforderungen bei der Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft abzuleiten, die Mitarbeiter und Studenten in diesem Sinne zu bilden und zu erziehen.

Er identifiziert sich mit der Politik der Partei der Arbeiterklasse und tritt dem imperialistischen Gegner mit all

Nach dem Vorbild ihrer Lehrer werden sich unsere Studenten bemühen, tiefer in die grundlegenden Zusammenhänge der Wissenschaft, in die Methodik wissenschaftlichen Denkens und Arbeitens sowie in die Probleme der Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts einzudringen, sich gründlicher mit Wissenschaft und Politik zu befassen, sowie danach zu streben, das erworbene Wissen in der gesellschaftlichen Praxis anzuwenden.

Über eine solche Auffassung von der Rolle des sozialistischen Hochschullehrers gibt es an unserer Universität im Prinzip keine Meinungsverschiedenhei-

gangenen Jahren wurden sehr gute Ergebnisse erzielt. Wir übersehen jedoch nicht, daß es in der marxistisch-leninistischen Qualifizierung an einigen Stellen Rückstände gibt. Durch ungenügendes Studium des Marxismus-Leninismus sind einige Lehrkräfte auch ungenügend befähigt, ihren Erziehungsauftrag zu erfüllen, das heißt, das Massenbewußtsein, diese Studenten zu heiligen sowie politische und weltanschauliche Probleme in ihren Kollektiven und vor allem unter den Studenten zur Diskussion zu stellen.

Eines steht fest: Unterschiede in der politisch-ideologischen Wirksamkeit von



Im Präsidium. Von rechts nach links die Genossen: Dr. Harry Meißner, 1. Sekretär der Kreisleitung der SED, Professor Erwin Herlitzius, Prorektor für Gesellschaftswissenschaften, Professor Wolfgang Kraak, Vorsitzender des Gesellschaftlichen Rates. Foto: Liebert, FBS

worden, daß fachliche Weiterbildung auch den Erwerb vertiefter Kenntnisse des Marxismus-Leninismus einschließt.

Die ständige Forderung nach Erhöhung des Niveaus von Ausbildung und Erziehung ergibt sich bekanntlich aus der ebenso ständigen und gegenwärtig außerordentlich beschleunigten Entwicklung der Wissenschaften sowie aus ihrer Rolle, die sie bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft spielen.

dem genannten Tempo der Entwicklung von Gesellschaft und Wissenschaft ergeben.

Die auf der 13. Tagung gestellte Forderung nach einer anhaltenden und durchgreifenden Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts auf dem Wege der Intensivierung ist für uns an der TU ein ganzes Programm, welches wir sehr zielstrebig im Prozeß der Ausbildung und Erziehung an unsere Studenten heranbringen müssen. (Auszug)

## Gäste

Gäste an der TU Dresden im März 1975:

**UdSSR**  
Akademienmitglied Genosse Professor Ischinski, Deputierter des Obersten Sowjets, Präsident der NTO (sozialistische Ingenieurorganisation der UdSSR)

Genosse Solowjow, Sekretär für internationale Zusammenarbeit der NTO

**DR Vietnam**  
Genosse Professor Kieu kuan Ba, Politische Abteilung des Ministeriums für Hoch- und Fachschulwesen der DR Vietnam, Leiter des Lehrstuhls für Geschichte an der Universität Hanoi

Genosse Professor Phao minh Lang, Politische Abteilung des Ministeriums für Hoch- und Fachschulwesen der DRV.

**Republik Irak**  
Delegation unter Leitung des Generaldirektors für Wissenschaftsangelegenheiten im Ministerium für Erziehung der Republik Irak, Dr. Obsaidi

Weitere Mitglieder:  
Dr. Taha Naimi  
Dr. Sabah Naserie  
Dr. Nazzy Khali Wafi  
- Technische Universität Bagdad -

**USA**  
Herr John Matthews, stellvertretender Direktor der International Research and Exchange Board, New York.

## Regelung der Arbeitszeit Mai, Oktober, Dezember 1975 sowie Januar 1976

Es wird gebeten, die in Nr. 140 der Mitteilungen der TU vom März 1975 veröffentlichte Bekanntmachung wie folgt zu berichtigen. Lfd. Nr. 3, der letzte Satz muß richtig lauten:

„Die ausfallende Arbeitszeit von je 3 1/2 Stunden wird am Sonnabend, dem 6. 12. 1975, in der Zeit von 7 bis 15 Uhr vorgearbeitet.“

ARGUMENTIERT  
KOMMENTIERT  
INFORMIERT

## Gesellschaft der verkümmerten Talente

Fortsetzungsreihe über Bildung - Universitäten - Studenten - Klassenkampf in der BRD

### IV Reform gegen den Fortschritt

Die SPD bemühte sich schon während des Wahlkampfes vom VI. Bundestag, ihre Wissenschafts- und Reformfreundlichkeit zu betonen. Im Unterschied zur CDU-CSU, deren betont aggressive und revanchistische Politik an den Realitäten gescheitert war und deren reaktionäre Bildungspolitik in die Sackgasse des „Bildungsnotstandes“ geführt hatte, boten sich die rechten SPD-Führer als die „Sachwalter der Zukunft“ an. Mit dem demagogischen Wahlslogan „Wir bauen das moderne Deutschland“ versprach die SPD eine progressive Bildungs- und Forschungspolitik.

Bürger der BRD, die sich von der SPD eine demokratische Hochschulreform erhofft hatten, erkennen immer deutlicher den demagogischen Charakter des Geredes von der Herstellung der „Chancengleichheit“.

Die soziale Misere der Masse der Studenten wurde nicht behoben, 17 700 Studienbewerber blieben im Studienjahr 1971/72 durch den Numerus clausus von einem Hochschulstudium gesperrt. 1975 sollen es bereits 75 000 sein. Das trifft vor allem Abiturienten aus den ausgebeuteten Klassen und Schichten, die aus Geldmangel nicht jahrelang auf einen Studienplatz warten können. Die Lebenshaltungskosten der Studenten haben sich ständig weiter erhöht. Das „Deutsche Studentenwerk“ der BRD hat für die Gegenwart

einen monatlichen Unterhaltsbedarf in Höhe von 630 DM für jeden Studenten ermittelt. Damit hat sich der Unterhaltsbedarf seit 1962 etwa verdoppelt. Der Höchstsatz der staatlichen Ausbildungshilfe, die ein Student im Idealfall erreichen kann, beträgt dagegen nur 420 DM. Die raschen Kostensteigerungen am Hochschulort und die überaus hohen Mieten bewirken nach Ansicht des VDS einen „sozialen Numerus clausus“, der vor allem einer Vielzahl von Arbeiterkindern den Zugang zur Hochschule versperrt.

Die Hochschulpolitik auch der SPD/FDP-Regierung ist ihrem Wesen nach Formierungspolitik im Interesse der Kapitalisten. Das Monopolkapital in der BRD verfolgt im Hochschulwesen eine Politik des Abbaus der demokratischen Mitbestimmung und der Zurückweisung berechtigter politischer und sozialer Forderungen.

Dieser Zielsetzung sollen auch die Bundeswehr-Hochschulen in Hamburg und München dienen. Die Bundeswehr-Hochschulen wurden auf dem II. Bundeskongreß der MSB SPARTAKUS im Februar 1973 treffend als „lupenreine Zuchtstätten imperialistischer Lehr- und Wissenschaftsinhalte“ charakterisiert. Nach den Worten des Bildungsbeauftragten der Bundeswehr Generalmajor Friedrichs ist den Bundeswehr-Hochschulen die Funktion eines „Vorreiters“ der staatsmonopolistischen Studienre-

form zugeordnet. Diese Hochschulen werden nicht etwa, wie vielleicht angenommen werden könnte, nur Offiziere für die Bundeswehr ausbilden, sondern auch Lehrer für den „Wehrkunde“-Unterricht in den allgemeinbildenden Schulen sowie eine „Elite“ von Fachkräften für den Staat und die Konzerne. Die Professoren für die Bundeswehr-Hochschulen werden direkt vom Kriegsministerium berufen. Die Heiligtümer des Hochschulterritoriums nimmt die Bundeswehr wahr. An Studenten wird es diesen Hochschulen nicht fehlen, denn sie werden bei einem Leutnantsgehalt nach der Vergütungsgruppe A 9 absolut „sorgenfrei“ studieren können.

Während also mit der Schaffung der Bundeswehr-Hochschulen im Widerspruch zur Entspannung in Europa eine neue Etappe der Militarisierung des Bildungswesens eingeleitet wurde, nahm zugleich die Lautstärke der Rufe nach Gründung privater Universitäten zu. So hieß es im „Handelsblatt“ vom 4. November 1972 unmißverständlich:

„Die Gründung privater Hochschulen in der Bundesrepublik wird zweifellos als Korrektiv und Ergänzung des öffentlichen Hochschulwesens zu verstehen sein.“

Ende des Jahres 1972 reichten „private Interessenten“ beim Kultusminister von Baden-Württemberg einen Antrag auf Errichtung einer „Privat-Indu-

stri-Universität“ ein. In Köln werden im Esso-Motor-Hotel schon seit längerem „Universitätsseminare der Wirtschaft“ durchgeführt. Das Ausbildungszentrum des Höchst-Konzerns erhielt 1973 die Möglichkeit, seine Absolventen an staatlichen Hochschulen die Prüfung ablegen zu lassen. „Höchst“-Studenten können seither also die private Ausbildung mit dem staatlichen Diplom abschließen. Dieser Konzern zahlt großzügig seinen Studenten die Ausbildungskosten in Höhe von 30 000 DM. Das hat unzweifelhaft Vorteile für den Konzern. Diese Absolventen sind inhaltlich nur für den Höchst-Konzern und seine Profitmacherei ausgebildet und somit auf Lebenszeit an den Konzern gebunden.

Die SPD hat sowohl die Gründung von Bundeswehr-Hochschulen als auch die Projekte privater Universitäten wohlwollend unterstützt. Statt „mehr Demokratie“ zu wagen, was Brandt 1969 in seiner Regierungsverklärung versprochen hatte, wird das Hochschulwesen durch vielfältige Mittel und Methoden den Interessen der Monopole noch besser dienstbar gemacht und gegen den Kampf der demokratischen Kräfte abgegrenzt.“

(Aus: „Studenten im Aufbruch“ von Siegfried Prokop, erschienen in der Reihe „1 - kappt im Verlag Neues Leben.“)

## Alle machen mit

Der Wettbewerb „Schöner unsere Städte und Gemeinden - Mach mit!“ steht 1975 im Zeichen des 30. Jahrestages der Befreiung vom Hitlerfaschismus. Besonderer Anlaß für uns, die Arbeit so zu gestalten, daß ein Höchstmaß an Ergebnissen erreicht wird.

Besonders zu beachten ist die Woche des Subotnik vom 14. bis 20. April 1975. Sie muß ein Höhepunkt in der Volkswirtschaftlichen Masseninitiative an unserer Universität werden.

Selbstverständlich erfordern auch die im VMI-Plan aufgeführten Vorhaben der TU, der Wohnungsbaubau und anderes mehr die aktive Hilfe aller.

Es gibt also alle Hände voll zu tun. Einsätze, die nicht in Eigeninitiative durchgeführt werden können, bitten wir zur ordnungsgemäßen Vorbereitung beim Sekretär des VMI-Komitees, Kollegin Nelamischkies, Nürnberger Straße 61, Zimmer 10, Ruf 2084, anzumelden.

VMI-Komitee

Satz und Druck: III/9/288 Grafischer Großbetrieb Völkerfreundschaft Dresden, Betriebsteil Julian-Grimm-Allee. Herausgeber: SED-Kreisleitung der Technischen Universität Dresden, Redaktion: 8027 Dresden, Helmholtzstraße 6. Telefon: Einwahl 463, HF 51 91 und 28 82. Verantwortlicher Redakteur: Alfred Ebock. Redakteur: Brigitte Riedel. Redaktionssekretärin: Brigitte Wondra. Redaktionskommission: Dr. Walter Böhme, Erich Dittrich, Waltraud Pütter, Hans-Jürgen Reddmann, Ernst-Ludwig Riede, Klaus Wich-Halter. Fotos, soweit nicht anders vermerkt: TU-Bildstelle. Veröffentlicht unter Lizenz-Nr. 52 beim Rat des Bezirkes Dresden.